

 **Bundesministerium**
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.744.293

Wien, am 15. November 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Walter Rauch und weitere Abgeordnete haben am 21. September 2022 unter der Nr. **12387/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Radikale Klima-Aktivisten kleben sich auf Wiener Ringstraße fest“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Sind Sie über den oben genannten Bericht informiert?*
 - a. *Wenn ja, seit wann?*
 - b. *Wenn ja, in welcher Form?*

Die Landespolizeidirektion Wien erlangte aufgrund der medialen Berichterstattung infolge von Anfragen von Medienvertretern zu dem Einsatz am 16. August 2022 vom genannten Bericht Kenntnis.

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Wie hoch sind die Kosten des Polizeieinsatzes, die im Zusammenhang mit obigem Bericht von „OE24.at“ entstanden sind?*

- *Wie viele Polizeikräfte mussten für den im Bericht genannten Einsatz zur Verfügung gestellt werden?*

Bei dem im Bericht genannten Einsatz am 16. August 2022 waren von der Landespolizeidirektion Wien 46 Exekutivbedienstete im Einsatz (Plandienst). Die Einsatzdauer betrug ca. eineinhalb Stunden. Die Personalkosten für 69 geleistete Einsatzstunden belaufen sich auf rund EUR 2.228,70.

Zur Frage 4:

- *Wie hoch sind die Gesamtkosten der Polizeieinsätze seit 2019, die im Zusammenhang mit Aktionen der „Letzten Generation“ entstanden sind (Bitte um Auflistung des konkreten Einsatzgrundes und den dazugehörigen Kosten)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiv durchzuführenden manuellen Auswertung sämtlicher möglicherweise relevanten Aktenvorgänge wird auf Grund des exorbitanten Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden enormen Ressourcenbindung im Sinne der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zur Frage 5:

- *Wurden Sie oder Ministerium vorab von der „Letzten Generation“ über die Aktion auf der Wiener Ringstraße informiert?*
 - a. Wenn ja, wann?*
 - b. Wenn ja, in welcher Form?*
 - c. Wenn ja, warum?*
 - d. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden diesbezüglich im Vorfeld ihrerseits getroffen?*

Weder die Landespolizeidirektion Wien noch das Bundesministerium für Inneres wurden von der „Letzten Generation“ über die Aktion auf der Wiener Ringstraße vorab informiert.

Zur Frage 6:

- *Werden Mitglieder oder Aktionen der „Letzten Generation“ seitens ihres Ministeriums durch den Verfassungsschutz beobachtet?*
 - a. Wenn ja, warum?*
 - b. Wenn ja, in welcher Form?*
 - c. Wenn ja, seit wann?*
 - d. Wenn nein, warum nicht?*

Hinsichtlich der Fragen nach der Beobachtung von Mitgliedern oder Aktionen der „Letzten Generation“ durch den Verfassungsschutz wird von einer Beantwortung Abstand genommen, da aus jedweder Beantwortung Rückschlüsse gezogen werden können und hierdurch die Aufgabenerfüllungen der Verfassungsschutzbehörden gefährdet und aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkariert werden könnten.

Zur Frage 7:

- *Fanden in der Vergangenheit Gespräche zwischen Ihnen oder Mitgliedern Ihres Kabinetts und den Aktivisten der „Letzten Generation“ statt?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - c. *Wenn ja, wie lauten die konkreten Gesprächsinhalte?*
 - d. *Wenn nein, werden Sie das Gespräch mit den Aktivisten der „Letzten Generation“ suchen?*

Im Zusammenhang mit angemeldeten Versammlungen fanden Besprechungen mit Personen aus dem Umfeld von Klima- und Umweltorganisationen bei der jeweiligen Versammlungsbehörde statt.

Die genauen Zeitpunkte etwaiger zur Anfrage Bezug habender Besprechungen könnten nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand erhoben werden, da als Anmelder der Versammlungen stets Privatpersonen auftraten und keine Versammlung offiziell im Namen der „Letzten Generation“ angemeldet wurde.

Die Gespräche fanden in Form von mündlichen Besprechungen unter Beiziehung der am polizeilichen Einsatz beteiligten Organisationseinheiten und gegebenenfalls unter Beteiligung weiterer Organisationen statt.

Bei diesen Besprechungen wurden Details zum geplanten Ablauf der jeweiligen Versammlung besprochen, wie insbesondere Ort bzw. Route der Versammlung, zeitlicher Ablauf, verwendete Hilfsmittel und zu erwartende Anzahl der Teilnehmer.

Die jeweilige Versammlungsbehörde wird weiterhin das Gespräch suchen, wenn eine entsprechende Versammlungsanzeige bei ihr einlangt und ein Untersagungsgrund vorliegen sollte. In einem solchen Fall wird ein Verfahren nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz geführt, in welchem der anmeldenden Person Parteigehör gewährt wird.

Zur Frage 8:

- *Gibt es in Ihrem Ressort einen Leitfaden oÄ. wie mit Klima- und Umweltorganisationen, beispielsweise der „Letzten Generation“ umzugehen ist?*
 - a. *Wenn ja, welche Empfehlungen gehen daraus hervor?*
 - b. *Wenn ja, wo ist dieser einzusehen?*
 - c. *Wenn ja, welche Konsequenzen drohen bei Zuwiderhandeln?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
 - e. *Wenn nein, wie können sie einen einheitlichen und sicheren Umgang sicherstellen?*

Nein. Für Kundgebungen und Versammlungen von Klima- und Umweltorganisationen gelten dieselben Richtlinien wie bei Kundgebungen und Versammlungen zu anderen Thematiken.

Zur Frage 9:

- *Schließen Sie eine Zusammenarbeit mit Organisationen wie der „Letzten Generation“ aus?*
 - a. *Wenn ja, warum?*
 - b. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Gerhard Karner

